

Postulat Luzius Theiler (GPB-DA): Massnahmen der Stadt gegen den Abbau des Briefkastenangebotes

In Ergänzung zur gleichzeitig eingereichten Interpellation „Was unternimmt der Gemeinderat gegen den massiven Abbau des Briefkastenangebotes in der Stadt Bern?“ wird der Gemeinderat ersucht:

- Bei der Post und beim Bundesrat als vorgesetzte Behörde der Post gegen den im Gange befindlichen Abbau des Briefkastenangebotes zu intervenieren
- Klar zu definieren, welches Gremium für die Zusammenarbeit mit der Post, bzw. für die Beurteilung von vorgeschlagenen Massnahmen der Post, zuständig ist
- Regelmässig, mindestens jedoch im Jahresbericht, über die Entscheide dieses Gremiums zu informieren
- Als UNESCO Welterbe-Stadt bei der Post die Entwicklung eines in Farbe, Gestaltung und Massen denkmalverträglichen Briefkastenmodells für die Innenstadt zu verlangen

Bern, 27. November 2008

Postulat Luzius Theiler (GPB-DA), Rolf Zbinden, Lea Bill, Anne Wegmüller, Ernst Stauffer, Robert Meyer, Dieter Beyeler

Antwort des Gemeinderats

Wie der Gemeinderat bereits in seiner Antwort auf die Interpellation Luzius Theiler: „Was unternimmt der Gemeinderat gegen den massiven Abbau des Briefkastenangebots in der Stadt Bern?“ (Stadtrat vom 11. Juni 2009) dargelegt hat, erachtet er das reduzierte Briefkastenangebot in der Stadt Bern im Grundsatz und in Anbetracht des veränderten Kundinnen- und Kundenverhaltens als vertretbar. Das Ziel, dass die Bewohnerinnen und Bewohner einen Briefkasten in maximal einem fünfminütigen Fussmarsch oder in maximal 200 m Distanz erreichen, konnte in Bern umgesetzt werden. Kritisch wurden die Briefeinwurfleerungen in der Stadt Bern beurteilt. Wie der neue CEO der Post, Herr M. Kunz, an einem Treffen mit dem Stadtpräsidenten versicherte, wird die Anzahl der Briefkästen mit Leerung am Nachmittag/Abend bis Ende Juli 2009 um 26% erhöht.

Zu Punkt 1:

Da der Gemeinderat das Optimierungsprojekt insgesamt als vernünftig und im Vergleich zu anderen Städten als absolut vergleichbar beurteilt, sieht er keine Veranlassung, auf Bundesebene und bei der Post zu intervenieren. Aus Sicht des Gemeinderats hat die Bevölkerung die neuen Standorte akzeptiert. Es sind keine diesbezüglichen Reklamationen bei der Stadtverwaltung eingegangen.

Zu Punkt 2:

Die Post bemüht sich, ihre wichtigen Entscheide zeitgerecht und transparent zu kommunizieren. Ansprechstellen sind entweder der Gemeinderat oder der Stadtpräsident. Dieser Kommunikationsweg klappt in der Regel gut. Die Koordination wird - wenn nötig - durch die zu-

geordneten Stabsdienste wahrgenommen. Im Zusammenhang mit der Reduktion der Briefkästen haben sich die Verantwortlichen der Post direkt mit den zuständigen Fachstellen der Stadt in Verbindung gesetzt, was dazu führte, dass die politische Ebene mit einer zeitlichen Verzögerung vom Vorhaben der Post erfahren hat. Wegen dieses Einzelfalls wäre die Bildung eines speziellen Gremiums nicht verhältnismässig.

Zu Punkt 3:

Der Gemeinderat ist bereit, jeweils im Rahmen des Jahresberichts im Kapitel Präsidialdirektion über Entscheide der Post und deren Konsequenzen auf die Stadt zu berichten.

Zu Punkt 4:

Die Denkmalpflege der Stadt war bereit, zusammen mit der Post einen altstadtverträglichen Briefkastentyp zu entwickeln. Die Post zog es indessen vor, die kritischen Standorte in der Altstadt aufzuheben oder zu verschieben. Der Gemeinderat vertritt die Meinung, dass schlussendlich in der Altstadt eine praktikable Lösung gefunden werden konnte. Somit erübrigt sich die Entwicklung eines spezifischen „Berner-Altstadt-Briefeinwurfs“.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 1. Juli 2009

Der Gemeinderat